

# Klares Signal gegen Zivilfliegerei

**DÜBENDORF** Die Unterschriftensammlung zur Initiative «Keine Zivilaviatik in Dübendorf» läuft. Das Komitee ist optimistisch, warnt aber gleichzeitig vor zu hohen Erwartungen.

Business-Jets, Sportflugzeuge und Werkflieger über den Dübendorfer Köpfen: Geht es nach den Plänen des Bunds, könnte das Realität werden. Der Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) sieht vor, dass ein Teil des Militärflugplatzes zivilaviatisch genutzt wird.

Für den Dübendorfer Gemeinde- und Nationalrat Thomas Maier (GLP) ist das ein Schreckensszenario. Gemeinsam mit 15 Mitunterzeichnenden aus GLP, BDP, CVP, SP und EVP hat er deshalb eine Initiative lanciert. Die Stadt soll verpflichtet werden, sich mit allen Mitteln gegen einen zivil genutzten Flugplatz einzusetzen (siehe Kasten). «Wir wollen ein Zeichen setzen. Der Bund kann die Anrainergemeinden in dieser wichtigen Frage nicht einfach übergehen», sagt Maier. Auch wenn in Bern für Gemeinden – im Gegensatz zu den Kantonen – formal kein Anhörungsrecht bestehe, habe er als Nationalrat die Erfahrung gemacht, dass die Haltung der Bevölkerung dort sehr wohl wahrgenommen werde.

Maier spielte damit auf die Kritik der Dübendorfer SVP an der Initiative an. Deren Präsi-

dent Patrick Walder hatte bemängelt, dass man der Bevölkerung etwas vorgaukle. Der Flugplatz sei nämlich eine Angelegenheit des Bunds. «Es macht keinen Sinn, diesbezüglich etwas in die Dübendorfer Verfassung zu schreiben. Was mich aber am meisten stört, ist, dass man im Komitee den Namen eines Dübendorfer Stadtrats findet», sagte Walder am Montag im Gemeinderat.

Gemeint war der im Rat abwesende Martin Bäumle (GLP). Dieser konterte an der Medienkonferenz des Initiativkomitees. «Ich bin in meiner Funktion als Nationalrat und nicht als Stadtrat hier, mal ganz abgesehen davon, dass vor nicht allzu langer Zeit bereits einmal eine Stadträtin in einem Initiativkomitee vertreten war, ohne dass dies je zum Thema wurde.»

## Ein Signal nach Bern

Wie Maier berief sich auch Bäumle auf seine Erfahrung in Bern: «Klare Signale aus der Bevölkerung werden dort sehr ernst genommen.» Er glaube nicht, dass sich ein Zivilflugplatz gegen Kanton und Gemeinden durchwürgen lasse. Man müsse dem Stadtrat, der die Zivilfliegerei in Dübendorf ablehne, den Rücken stärken. «Ein Jahr nach dem fatalen Entscheid aus Bern müssen wir handeln.» Eines, so Bäumle, sei aber klar: «Mit Annahme der Initiative ist die zivilaviatische Nutzung des Militärflugplatzes noch nicht gegessen.»

Was eine diesbezügliche Nutzung für die Stadt und deren Bevölkerung nach Auffassung der Initianten bedeutet, zeigte Maja Ziörjen (BDP) auf. «Will man einen zivilen Flugplatz Dübendorf rentabel betreiben, bedeutet

das unter anderem mehr Lärm, massiv ausgedehnte Betriebszeiten und bestimmt keine Wertsteigerung der Liegenschaften.»

Käme mit der Zivilfliegerei eine neue Trägerschaft auf den Militärflugplatz, sorgt sich Gemeinderätin Valeria Rampone (GLP/GEU) um die Natur: «Dann gäbe man den Naturschutz völlig aus der Hand.» Zwar sei das Gebiet nicht die von den Gegnern des Innovationsparks gerühmte Naturoase: «Kommt die Fliege-

rei, wird es aber bestimmt noch schlimmer.»

## Grosses Echo

Seit Kurzem werden Unterschriften für das Begehren gesammelt. «Die Resonanz ist aussergewöhnlich gross», sagt Gemeinderat Marcel Drescher (GLP/GEU). Im Komitee zweifelt man nicht daran, die erforderlichen 300 Unterschriften in sechs Monaten zusammenzubringen. Für viele Dübendorfer

sei es wichtig, endlich ihren Widerstand gegen die Zivilaviatik kundtun zu können.

Widerstand erwächst der Zivilfliegerei auch von offizieller Seite. Mehrere Gemeinden rund um den Flugplatz haben ihre Einwendungen zum SIL angekündigt (wir berichteten). Das Mitwirkungsverfahren läuft noch bis 11. November. Die Frist für Einwendungen aus der Bevölkerung ist am 23. September abgelaufen. Daniela Schenker

## USTER UND GREIFENSEE ÄUSSERN SICH ZUM ZIVILFLUGPLATZ DÜBENDORF

### Besorgt, aber ohne juristischen Eifer

**In einer Medienmitteilung äussert sich der Ustermer Stadtrat kritisch zum geplanten Zivilflugplatz Dübendorf. So scharf wie das Votum anderer Gemeinden ist die Stellungnahme aber nicht.**

«Mit wachsender Sorge» beobachtet der Ustermer Stadtrat die jüngsten Ausbaupläne der «Zivilfliegerei» in Dübendorf und die Diskussion um Südstarts vom Flughafen Zürich. Dies teilt er in einer Medienmitteilung mit.

Die Ustermer Exekutive äussert sich damit zum ersten Mal explizit zum geplanten Zivilflugplatz Dübendorf. Eine solche Stellungnahme hatte die seit diesem Frühling bestehende Bürgerbewegung Interessengemeinschaft Zivilflugplatz Dübendorf vor Kurzem noch vermisst. Sie wunderte sich darüber, dass die von allfälligem Fluglärm ebenfalls betroffenen Gemeinden Uster und Greifensee sich nicht zur Thematik äusserten und die Bevölkerung mobilisierten (wir berichteten). Die Glattal-Gemeinden Wangen-Brüttisellen, Dübendorf, Volketswil, Fällanden und Schwerzenbach hatten auf ihren Websites Musterbriefe aufgeschaltet. Diese konnten von Bürgern

unterzeichnet und ans Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) versandt werden. Die Frist zur Stellungnahme lief für die Bevölkerung am 23. September ab.

### «Versteckt und zu klein»

Für Oliver Müller, den Mitgründer der IG Zivilflugplatz Dübendorf, kommt die Stellungnahme des Ustermer Stadtrats deshalb «ein bisschen zu spät». Dennoch begrüsst er die Mitteilung. «Es gibt jetzt einen geschlossenen Kreis sämtlicher um den Flugplatz Dübendorf gelegenen Gemeinden», so Müller.

Der Fluglärmgegner hat noch etwas anderes zu beanstanden als die Tatsache, dass die Stadt Uster die Stellungnahme erst nach der abgelaufenen Frist für die Bevölkerungsmitwirkung publiziert hat: Ihm gemäss könnte die Mitteilung «schärfer formuliert» sein. «Auf der Website der Stadt Dübendorf schreibt der Stadtrat, dass er sich «mit allen politischen und rechtlichen Mitteln» gegen Fluglärm einsetzt. So klar äussert sich die Stadt Uster nicht.» Tatsächlich führt der Ustermer Stadtrat in seiner Stellungnahme aus, dass er sich «im Rahmen der politischen Mitwirkungsverfahren sowie mit anderen Mitteln» ein-

setze. Stadtpräsident Werner Egli (SVP) konkretisiert diese Ausführung dahin gehend, dass sich die Stadt Uster den Ausführungen anschliesst, die die Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG) auf ihrer Website publiziert hat. Die ZPG lehnt eine zivilaviatische Nutzung «entschieden ab». Die Stadt Uster leistete den direkter betroffenen Glattal-Gemeinden Hilfestellung, so Egli. Rechtliche Schritte werde sie selbst aber nicht ergreifen.

Auch der Greifenseer Gemeinderat äussert sich in der aktuellen Ausgabe der Dorfzeitung «Nachrichten aus Greifensee» (NaG) zum Zivilflugplatz Dübendorf. Er teile die Haltung der ZPG. Auf eine Mobilisierung der Bevölkerung habe er aber bewusst verzichtet. Oliver Müller ist die Stellungnahme «zu versteckt und zu klein». Ein von ihm verfasster Hinweis auf das Mitwirkungsrecht der Bevölkerung wurde in der NaG unter Hinweis auf die Stellungnahme der Gemeinde nicht abgedruckt. Die Greifenseer Gemeindepräsidentin Monika Keller (FDP) meinte vor rund zwei Wochen gegenüber dem ZO/AvU, dass «die Bürger mündig genug sind, um sich in dieser Frage selbst eine Meinung zu bilden». Benjamin Rothschild

## Bundesrat soll sich ein Bild vom Heliport machen

**WANGEN-BRÜTTISELLEN** Der Gemeinderat von Wangen-Brüttisellen will Doris Leuthard und Ueli Maurer vor Ort zeigen, was der geplante Heliport für die Anwohner bedeuten würde.

Nichts soll unversucht bleiben: Der Gemeinderat von Wangen-Brüttisellen hat dem Bundesrat einen Brief geschrieben. Darin appelliert er an dessen Vertreter, sich ein Bild vor Ort zu machen über den geplanten Heliport-Standort Wangen-Brüttisellen – ein Projekt, das der Gemeinderat entschieden ablehnt.

Mit dem Appell wolle man zeigen, dass am Ende der Bundesrat als Gremium auch über den Standort des geplanten Heliports beschliesse und Einfluss nehmen könne, wird Gemeindepräsidentin Marlis Dürst in einer Mitteilung zitiert. «Die Thematik ist für die Bevölkerung unserer Gemeinde und Region zu wichtig, als dass der Bundesrat diese einfach durchwinken darf.»

### Richtplaneintrag gestoppt

Der Gemeinderat von Wangen-Brüttisellen bekämpft den Heliport auf seinem Gemeindegebiet schon seit längerer Zeit. Im August gelangte er mit einer Beschwerde gegen das Vorhaben ans Bundesgericht. Dieses entschied daraufhin, den Richtplaneintrag für den Heliport zu stoppen (wir berichteten). Für den Gemeinderat ein Beweis, dass beim geplanten Projekt Verfahrensmängel vorliegen.

Der Brief an den Bundesrat sei unabhängig erfolgt vom laufenden Mitwirkungsverfahren für den Sachplan Militär und den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt. Er richte sich insbesondere an die Bundesräte Ueli Maurer und Doris Leuthard, deren Departemente sich mit dem Projekt «Heliport» befassen. Die Hoffnung des Gemeinderats ist, dass es aufgrund des Augenscheins vor Ort zu einer Diskussion im Gesamtbundesrat kommt, bei der die verschiedenen Argumente für und gegen den Heliport gegeneinander abgewogen werden. «Wer sich die Lage des geplanten Heliports vor Ort anschaut, sieht sofort, was gegen den Standort direkt vor dem Siedlungsgebiet spricht und dass es Alternativen gibt, die geprüft werden müssen», sagt Gemeindepräsidentin Dürst. zo

## In Kürze

**USTER** «Rotkäppchen» im Schulhaus Pünt

Am Sonntag, 4. Oktober, findet im Schulhaus Pünt die erste Kufki-Familienveranstaltung der neuen Saison statt. Um 11 Uhr spielt das Figurentheater Fahrbetrieb das Märchen «Rotkäppchen» der Gebrüder Grimm. Das Dialektstück dauert zirka 55 Minuten und wird ohne Pause durchgeführt. zo

**WANGEN-BRÜTTISELLEN** Neuer Abwart im neuen Schulhaus

Zum neuen Erweiterungsbau bekommt das Schulhaus Oberwiesen in Wangen nun auch noch einen neuen Schulwart. Er heisst Beat Hungerbühler und wird am 1. November die Nachfolge von Paul Arnold übernehmen. zo

## INITIATIVE IM WORTLAUT

Die Initiative «Keine Zivilaviatik in Dübendorf» fordert, dass die Gemeindeordnung der Stadt durch den neuen Artikel 1b ergänzt wird: «Die Gemeinde setzt sich aktiv mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und auf allen Ebenen gegen einen zivil genutzten Flugplatz auf dem Gemeindegebiet Dübendorf ein. Ausgenommen bleiben per 1. Januar bestehende fliegerische Nutzungen, namentlich der Rega und der Ju-Air.» zo

## «O'zapft is» – auch in Uster

**USTER** Stadtpräsident Werner Egli machte gestern Abend den Anstich für sechs Tage «Wies'n» in der Ustermer Landihalle.

Vor dem grossen Trinken folgt traditionell das grosse Warten: Am Original in München öffnen die Zelte am Eröffnungstag jeweils bereits um 9 Uhr in der Früh. Bier getrunken werden darf aber erst, wenn der Fassanstich durch den Oberbürgermeister erfolgt ist – und der ist jeweils immer erst um 12 Uhr mittags.

Ganz so lange mussten gestern Abend die rund 1100 Gäste des Oktoberfests Züri Oberland in der Ustermer Landihalle nicht ausharren. Warten mussten sie trotzdem. Eröffnung der Ustermer «Wies'n» war um 17.30 Uhr, der Anstich durch Stadtpräsident Werner Egli war für 18.45 Uhr geplant. Es wurde jedoch 19.20 Uhr. Dann aber hiess es nach drei kräftigen Schlägen mit dem Holzhammer auf den Zapfhahn auch für Uster: «O'zapft is», wobei Egli den mittlerweile tausendfach in aller Welt bemühten Ausspruch nicht verwendete. Egli empfahl den Gästen vielmehr «ein Mass mit Mass». Das bereits zum Jahresprogramm der Stadt gehörende Oktoberfest Züri Oberland dauert bis Samstag, 10. Oktober; jeweils von Donnerstag bis Samstag, Türöffnung ist um 17.30 Uhr. zo



Der Zapfhahn sitzt, das Bier fliesst in den ersten Humpen – Pardon – in die erste Mass. Während Stadtpräsident Werner Egli den Hahn bedient, geht ihm der Veranstalter des Oktoberfests Daniel Frauchiger zur Hand. Markus Zürcher